

Nicht selektieren!

Der Vorschlag aus den Reihen der FDP, die Präimplantations-Diagnostik (PID) generell freizugeben, heißt nichts anderes, als dass Embryonen bereits dann aussortiert werden können, wenn nur die Wahrscheinlichkeit einer Behinderung besteht. Das ist ein radikaler Vorschlag. Er geht an die Wurzeln unseres christlichen Menschenbildes. Es ist wichtig, sich im katholischen Raum breit gegen solche Vorstellungen von Selektion zu engagieren. Letztlich liefern diese Vorschläge nämlich auf eine Entscheidung zwischen lebenswertem und vermeintlich lebensunwertem Leben hinaus. Folge wäre ein schleichender Wandel in der gesellschaftlichen Einstellung zu Krankheit, Leid und der Unverfügbarkeit menschlichen Lebens.

Der "Dammbruch im Lebensschutz", vor dem Alois Glück gewarnt hat, muss durch eine breite kirchliche und gesellschaftliche Debatte verhindert werden. Das hat sich in der Debatte um die embryonalen Stammzellen bewährt. Wenn viele Verbände, bis in ihre Ortsgruppen hinein, und wenn viele Diözesanräte, bis in die Gemeinden hinein, die Frage aufgreifen und diskutieren, kann der notwendige gesellschaftliche und politische Druck entstehen. Argumentationshilfen können unter info@zdk.de bestellt werden. Es macht auch Sinn, den örtlichen Bundestagsabgeordneten zu befragen, auch die Parteigremien vor Ort oder in den Ländern – und die Grundsatzprogramme der Parteien zu studieren.

Das christliche Menschenbild, vor allem die Personenwürde, ist für uns als Christen Richtschnur und Maßstab. Und als Staatsbürger halten wir daran fest, dass die Würde des Menschen unantastbar ist (Art. 1 GG) und dass der Staat den Schutz des menschlichen Lebens auch vor der Geburt garantieren muss. Der Embryonenschutz darf nicht dem Koalitionsfrieden geopfert werden. Die PID muss verboten bleiben. Auch in unserem Engagement für den Schutz des Lebens in allen Phasen sollten wir, wie das soeben festgelegte Leitwort des Katholikentags Mannheim 2012 sagt, "einen neuen Aufbruch wagen".

Stefan Vesper

16. Jg. Nr. 5

5. November 2010

Inhalt

Sehnsucht nach erfahrbarer Präsenz

Theater und Kirche im Dialog

Veit Güssow

2

Neuer Nationalismus

Herausforderung für europäische Integration

Hubert Tintelott

3

Welche Einheit wollen wir?

Unterschiedliche Zielvorstellungen behindern ökumenischen Fortschritt

Johannes Oeldemann

5

Mobilität im Übergang Schule und Beruf

Jugendwohnen als Baustein zum Ausbildungserfolg

Matthias von Schlichtkrull-Guse

7

Sonntag – ein Geschenk des Himmels

Allianz für den freien Sonntag

Birgit Zenker und Hannes Kreller

9

Delegados de la Palabra

Ein unverzichtbarer Dienst der Laien

Christian Frevel

11

Einen neuen Aufbruch wagen

Das Leitwort für den Katholikentag in Mannheim

12

Sehnsucht nach erfahrbarer Präsenz

Theater und Kirche im Dialog

Im September fand ein Werkstattgespräch zwischen Vertretern der katholischen Kirche und Theaterschaffenden statt. Der Theaterregisseur Veit Güssow schildert seine Eindrücke.

Gottesdienst und Theateraufführung, Liturgie und Drama sind nach Inhalt und Zielsetzung essentiell verschiedenartig. Das wurde auch beim Werkstattgespräch durch die klare Haltung vieler Kirchen- und Theatervertreter deutlich. Eingeladen von der Bischofskonferenz und vom ZdK trafen sich zum Thema "Inszenieren – Inspirieren – Konfrontieren" Bischöfe und Kirchenvertreter mit Theaterschaffenden und Theaterwissenschaftlern. Gerade die Tatsache, dass nicht versucht wurde, fundamentale Differenzen zu leugnen oder mit Allgemeinplätzen zu überwinden, ermöglichte einen intensiven und interessanten Austausch über tatsächliche Schnittmengen. Denn dass eine vergleichende Betrachtung von Gottesdienst und Theateraufführung überhaupt möglich ist, liegt nicht zuletzt an ihrer phänomenologischen Ähnlichkeit. Unter diesem Blickwinkel gab es Einiges zu entdecken. Hierzu seien zwei Beispiele skizziert:

Persönliche Haltung spürbar machen

Eine Stärke von Werkstattgesprächen liegt darin, die in großen Diskussionsrunden aufgeworfenen Fragestellungen in unkonventionellerem Rahmen weiter besprechen zu können. So ist es wohl kein Zufall, dass wir in kleinerer, spätabendlicher Runde einen Punkt erörterten, den ich außerordentlich interessant fand: Pfarrer sind keine Schauspieler – und sollen auch keine sein – und doch spielen Phänomene wie Präsenz und Glaubwürdigkeit beim Handeln und Sprechen bei beiden, Schauspielern und Pfarrern, gewichtige Rollen. Der Schauspieler Ulrich Matthes hat einmal formuliert, dass Darsteller mit großartiger Ausstrahlung das Paradox schaffen, von ihrer Rolle zu erzählen und gleichzeitig auch von sich selbst. Das macht die Faszination herausragender Schauspieler aus, dass bei ihnen beides gleichzeitig präsent ist: die Rolle und ihre Persönlichkeit. Der Pfarrer spielt im Gottesdienst gerade nicht eine Rolle. Aber er legt seine Über-

zeugungen auch nicht einfach in Schriftform nieder, sondern führt sie – in bestimmter Hinsicht – auf. Im Vollzug der Liturgie erfüllt er vorbereitete Gedanken mit Leben, gleich einem Schauspieler, der vorher getroffene inszenatorische Festlegungen nach-erlebt. Hier könnte ein Berührungspunkt zwischen Schauspielern und Predigern zu finden sein: Der Priester kann seine Persönlichkeit einbringen, ohne sich damit selbst zur Schau zu stellen. Denn auch in der starren Form der Liturgie kann Persönlichkeit durchscheinen. Einigkeit herrschte darüber, dass es weder im Theater noch im Gottesdienst "theatern" soll, das heißt, dass eine Diskrepanz zwischen vorgegebener Handlung (Theater) bzw. tatsächlicher Handlung (Pfarrer) und der einhergehenden persönlichen Haltung im Moment des Handlungsvollzugs spürbar würde. Eine Ehrlichkeit nicht nur in der inneren Haltung zu erreichen, sondern auch im Ausdruck der Haltung ist sicherlich ein Themenfeld, in dem ein Austausch zwischen Kirche und Theater lohnt.

Vergegenwärtigung von Texten

Die Vergegenwärtigung tradierter Texte spielt in Kirche und Theater eine herausragende Rolle. Beiden stellt sich die Frage, wie dies unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen sinnvoll geschehen kann. Das Theater hat hierbei die Freiheit zum spielerischen Experiment und sollte diese nutzen. Im so genannten Regietheater wird z. B. zuweilen versucht, nicht den Text auf heutige Verhältnisse zu übertragen, sondern seine vom Autor intendierte Wirkung. Der Gedanke der Wirkungsäquivalenz wurde von den Kirchenvertretern interessiert aufgegriffen. Vielleicht kann dieser Zugang gerade auch bei an Traditionen orientierten Menschen Lust auf zeitgenössisches Theater machen. Hier lassen sich der spielerische Umgang mit überlieferten Konventionen und tradierten Texten in gelungenen und – genauso wichtig – un-gelungenen Versuchsanordnungen erleben und vielleicht auch Impulse für das eigene Selbstverständnis entdecken.

Veranstaltungen wie im Kloster Weingarten ermöglichen durch Diskussionen ohne Anbiederung, differenzierte Urteile zu bilden und einen konstruktiven Dialog zu fördern.

Veit Güssow, freischaffender Theaterregisseur u. a. am Bayerischen Staatsschauspiel und am Staatstheater Nürnberg

Neuer Nationalismus

Herausforderung für europäische Integration

Seit einigen Jahren stellen Sozialwissenschaftler in verschiedenen Ländern Europas einen wachsenden Nationalismus fest. Angesichts der Auswirkungen der Finanzkrise, der wachsenden Arbeitslosigkeit und der verschärften sozialen Konflikte gewinnen (rechts-) populistische und rechtsextreme Parteien in West- und Osteuropa immer mehr Wähler. Von diesen Parteien erfolgt immer häufiger eine Absage an die Werte des Humanismus, der Toleranz, der Offenheit und einer Europäisierung des Geistes. Vielfach steht man der europäischen Integration mit Skepsis oder Ablehnung gegenüber.

Dabei lassen sich durchaus Unterschiede feststellen zwischen den neuen EU-Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa und den Entwicklungen in den westeuropäischen Ländern. Während in Mittel- und Osteuropa die große Zahl der Transformationsverlierer ein wichtiges Wählerpotential für rechtspopulistische Parteien darstellt und Funktionsdefizite der Staaten sowie schwache Parteiensysteme zu hoher Unzufriedenheit mit den politisch Verantwortlichen führen, zählen in Westeuropa neben sozialen Problemen und Abstiegsängsten auch Ängste vor einer wachsenden Überfremdung zu den Gründen.

Entfremdung zu den Eliten

Grundsätzlich ist das Zusammentreffen von zunehmenden sozialen Problemen und einem gesteigerten Nationalismus nicht zufällig. Der slowakische Politikwissenschaftler Stefan Auer stellt in Europa eine zunehmende Entfremdung zu den Eliten fest, die sorgenfrei in einem supranationalen Europa leben und von der ethnischen und kulturellen Vielfalt profitieren, während der einfache Bürger darauf bedacht ist, sein Gefühl nationaler Identität zu schützen und eine weitere Öffnung zur Welt als Bedrohung für sich und seinen Arbeitsplatz empfindet. Auch Udo di Fabio verweist auf die Probleme der

kosmopolitischen Eliten, denen es immer schwerer falle, rational die immer komplexer werdenden Zusammenhänge bei der Integration der Staaten und die damit verbundenen Entscheidungen den Bürgern zu vermitteln. Als Ergebnis konstatiert er, dass Bürger, die den politischen Betrieb nicht mehr hinreichend durchschauen, sich auch nicht mit ihren Repräsentanten und der ideellen Gesamtgesellschaft identifizieren und deshalb auch nicht bereit sind, Lasten und Opfer für diese Gesamtgesellschaft zu tragen. Diese Zusammenhänge sind im Zuge der Euro-Krise und der durch die Überschuldung einiger EU-Staaten notwendig gewordenen Solidarleistungen der übrigen Länder der Europäischen Union ganz deutlich geworden.

Suche nach europäischem Identitätsgefühl

Dies ist dann auch eine Anfrage an den inneren Zusammenhalt der Förderation, der nach Vorstellungen einiger Politiker, Philosophen und Soziologen durch einen auf der europäischen Verfassung basierenden Verfassungspatriotismus erreicht werden sollte. Doch der Versuch der Verabschiedung einer Europäischen Verfassung ist gescheitert. Wenn auch der Vertrag von Lissabon vieles der ursprünglichen Verfassung in sich vereint, so hat doch die Idee, ein stärkeres europäisches Identitätsgefühl durch eine gemeinsame Verfassung zu garantieren, dadurch viel von seiner Strahlkraft verloren. Es muss also neu darüber nachgedacht werden, wie das solidarische Miteinander der Menschen in der Europäischen Union erhalten und gestärkt werden kann.

Balance von Nation und Integration

Dabei spielen auch die Nationen in Europa und ihre Beachtung eine wichtige Rolle. Udo di Fabio stellt fest: "Jede politische Ordnung seit der Neuzeit braucht Nationen, auch und gerade als emotionale Grundlage ihrer Herrschaft." Wie sehr die Nation als emotionale Grundlage einer vitalen menschlichen Gemeinschaft das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärken und festigen kann, hat gerade erst die Fußballweltmeisterschaft gezeigt. Gleichzeitig wurde gerade bei der Fußballweltmeisterschaft aber auch deutlich,

dass ein deutliches Bekenntnis zur Nation nicht zwangsläufig zur Fremdenfeindlichkeit führen muss.

Die Rückbesinnung auf die Rolle der Nationen in Europa bedeutet keinen Abschied von der friedenspolitischen Zielsetzung des europäischen Integrationsprozesses. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Sicherung des Friedens in Europa mittels einer engen zwischenstaatlichen Kooperation die vorrangige Zielsetzung, und der europäische Integrationsprozess sollte und hat ohne jeglichen Zweifel mit Erfolg zur Sicherung des Friedens in Europa beigetragen, indem er übersteigerte Nationalismen eingedämmt hat. Daher ist es verständlich, wenn der Begriff der Nation in Europa immer wieder zu Unsicherheiten führt, da man einerseits die Europäische Union schlecht als Nation begreifen kann und die teilweise berechtigte Sorge vor neuen Nationalismen und nationalen Leidenschaften als Gefahr für den Erhalt des Friedens in Europa sieht. Doch auch das Bekenntnis und die Einsicht in die Notwendigkeit weiterer Integrationsschritte bedeutet nicht, dass die Nationalstaaten dabei ihre nationale Identität aufgeben müssen.

Bedeutung der Nation neu bedenken

Dies setzt jedoch voraus, dass die europäischen Institutionen sich strikter als bisher an dem Subsidiaritätsprinzip ausrichten und beispielsweise nicht mit dem Hinweis auf den europäischen Markt Standards durchsetzen, die letztlich nur der Großindustrie dienen und kleingewerbliche Betriebe in den Nationalstaaten an den Rand des Ruins bringen. Darüber hinaus machen Studien deutlich, dass der Nationalismus unter der Voraussetzung, dass er liberale Formen annimmt, den wichtigen Prozess der Demokratisierung vor allem in Mittel- und Osteuropa fördert und auch die europäische Integration befördern kann. Die Bürger, die in Staaten leben die gerade ihre Eigenständigkeit wiedererrungen haben und die noch um ihre eigene Identität ringen, sind kaum bereit und auch nicht vorbereitet, politische Entscheidungen auf eine europäische Ebene zu verlagern. Wer mit Misstrauen und Unverständnis in seinem Land politische Entscheidungsprozesse verfolgt, wird nicht in Strukturen vertrauen, die noch weiter entfernt von den Wählern sind. Im europäischen Integrationsprozess muss daher die Bedeutung

der Nation neu beurteilt und damit auch über die Finalität Europas neu nachgedacht werden.

Subsidiaritätsprinzip beachten

Was die Finalität Europas angeht, muss zunehmend bedacht werden, dass die EU nicht mehr der Zusammenschluss der sechs Mitgliedsstaaten zu Beginn des Integrationsprozesses ist. Ein Europa von 27 und mehr Mitgliedsstaaten ist zwangsläufig heterogener und braucht daher neue Visionen und trotz allem einen neuen Enthusiasmus für die Prozesse der europäischen Integration, da in einer sich immer stärker globalisierenden Welt Nationalstaaten bei der Lösung grenzüberschreitender Probleme überfordert wären. Die EU muss auf der einen Seite versuchen, die Demokratien auf nationaler Ebene zu stärken, da die individuelle Freiheit ohne den Fortbestand vitaler Gemeinschaften nicht möglich ist. Sie muss viel konsequenter als bisher das Subsidiaritätsprinzip beachten, da die Bürger bei immer komplexeren Problemen und der nicht mehr möglichen Zuordnung von Entscheidungen zu bestimmten politischen Ebenen das Vertrauen in die Politik verlieren und die Politikverdrossenheit zunimmt. Sie muss sich entschiedener der aktuellen sozialen Fragen annehmen, da die Sorge um den Arbeitsplatz, um die soziale Absicherung, die Angst vor sozialem Abstieg, vor Überfremdung und Verlust der Identität den radikalen populistischen nationalen Parteien den Zulauf von Wählern eröffnen.

Die in vielen Ländern der EU neu aufbrechende Debatte über die Bedeutung der Nation macht unabhängig von den radikalen Ausprägungen nationalistischer Parteien deutlich, dass für den europäischen Integrationsprozess die Nationen weiterhin wichtig sind und lebendige Demokratien diesen emotionalen Zusammenhalt auf der Ebene der Nationen benötigen. Die stärkere Berücksichtigung der Nationen im europäischen Integrationsprozess darf keineswegs das unverzichtbare weitere Fortschreiten des Integrationsprozesses schwächen, sie könnte aber die Unterstützung der Bürger für diese notwendigen Integrationsprozesse stärken.

Hubert Tintelott, Generalsekretär von Kolping International, ZdK-Sprecher für den Sachbereich "Europäische Zusammenarbeit"

Welche Einheit wollen wir?

Unterschiedliche Zielvorstellungen behindern ökumenischen Fortschritt

Der Zweite Ökumenische Kirchentag liegt hinter uns, nicht aber die Frage vieler Menschen in unseren Gemeinden: Wie lange müssen wir noch auf die Einheit warten? Warum geht es in der Ökumene nicht recht voran? Eine der Hauptursachen sind unterschiedliche Vorstellungen über das Ziel des ökumenischen Weges.

Der Ökumenische Kirchentag in München hat deutlich gemacht, dass die Kirchen in Deutschland gewillt sind, auf dem Weg der Ökumene voranzuschreiten. Die spürbare Beteiligung der Orthodoxen und die Ausrufung des Ökumenischen Schöpfungstages haben neue Akzente gesetzt. Dennoch war in München keine Aufbruchstimmung spürbar. Woran liegt das? Sicher sind die Ursachen vielfältiger Art. Ein wesentlicher Grund dürfte darin liegen, dass die Kirchen sich nicht einig sind über das Ziel der Ökumene. Solange das Ziel unklar ist, fällt es schwer, die nächsten Schritte zu tun. Was aber ist das Ziel des ökumenischen Weges?

Spiegel des Kirchenverständnisses

Die Antwort scheint zunächst einfach: Die Einheit der Christen ist das Ziel. Aber wie soll diese Einheit aussehen? Was ist als gemeinsame Basis unabdingbar? Welche Vielfalt ist tragbar? Welche Strukturen braucht eine geeinte Kirche? Hier geben Orthodoxe, Katholiken und Protestanten ganz unterschiedliche Antworten. Aus protestantischer Sicht ist es für die Einheit der Kirche ausreichend, wenn Übereinstimmung in der Verkündigung des Evangeliums besteht und die Sakramente gemäß der Hl. Schrift gespendet werden. Orthodoxe und Katholiken stimmen diesen beiden Kriterien zu, betrachten jedoch zusätzlich das kirchliche Amt, insbesondere das Bischofsamt, als ein unverzichtbares Merkmal der Kirche. Die Katholiken unterscheidet dabei von den Orthodoxen, dass sie dem Bischof von Rom eine besondere Rolle als "Hirte der universalen Kirche" zuschreiben. So ist das Einheitsverständnis der verschiedenen

Konfessionen in der Regel ein getreues Abbild des eigenen Kirchenverständnisses.

Einigungsmodelle

Vor diesem Hintergrund haben sich in der Geschichte der ökumenischen Bewegung verschiedene Einigungsmodelle entwickelt. Dabei lassen sich drei Grundtypen unterscheiden: (1) Das kooperativ-föderative Modell ist ausgerichtet auf die praktische Zusammenarbeit und das gemeinsame Zeugnis der Kirchen. Dieses Modell ist in Deutschland beispielsweise in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen umgesetzt. (2) Das Modell gegenseitiger Anerkennung basiert auf dem reformatorischen Einheitsverständnis und wird häufig mit dem Slogan "Einheit in versöhnter Verschiedenheit" umschrieben. Es ist beispielsweise in der GEKE, der Gemeinschaft evangelischer Kirchen in Europa realisiert, die 1973 durch die Leuenberger Konkordie begründet wurde. (3) Das Modell der Vereinigung bzw. Wiedervereinigung ist eng mit dem anglikanischen, katholischen und orthodoxen Verständnis von Einheit verbunden. In der Anfangsphase der ökumenischen Bewegung sprach man von "organischer Union", wie sie beispielsweise in den Unionskirchen in Kanada oder Südindien umgesetzt wurde, die vielfach mit anglikanischer Beteiligung entstanden. Auch das später entwickelte Modell der "konziliaren Gemeinschaft" von Kirchen, das stärker die Einheitsvorstellung der Orthodoxen aufgreift, gehört zu diesem Grundtypus. Wenn das Ökumenismus-Dekret des Zweiten Vatikanischen Konzils die "Wiederherstellung der Einheit aller Christen" als das Ziel der ökumenischen Bewegung bezeichnet, deutet dies darauf hin, dass auch die katholische Kirche das dritte Grundmodell befürwortet.

Wie soll man mit den unterschiedlichen Zielvorstellungen und Einigungsmodellen umgehen? Wenn man sie für "nicht kompatibel" erklärt, wie es die EKD in ihrem 2001 publizierten Dokument "Kirchengemeinschaft nach evangelischem Verständnis" getan hat, ist der weitere Weg verbaut, weil das eigene Verständnis von Einheit zum Maßstab möglicher Fortschritte gemacht wird. Dasselbe gilt, wenn von katholischer und orthodoxer Seite das in apostolischer Sukzession übertragene

Bischofsamt zum entscheidenden Kriterium dafür reklamiert wird, ob man von "Kirche im eigentlichen Sinne" sprechen könne. Die Anerkennung des Kircheseins darf nicht von einem historischen Urteil (der lückenlosen Kette der Handauflegungen) abhängen, sondern ist Sache eines "geistlichen Urteils", wie es die Internationale lutherisch-katholische Dialogkommission in ihrem jüngsten Dokument empfiehlt ("Die Apostolizität der Kirche", Nr. 293). Wenn alle Fortschritte in der Ökumene von der "Amtsfrage" abhängig gemacht werden, geraten wir auf einen falschen Weg. Denn in der Kirche geht es nicht um einzelne Personen, sondern um die geliebte Gemeinschaft in Christus.

Wie wird Gemeinschaft erfahrbar

Das Ökumenismus-Dekret konstatiert, dass es zwischen allen Getauften "eine gewisse, wenn auch nicht vollkommene Gemeinschaft" gibt (UR 3). Die Frage ist, wie diese bereits existierende Gemeinschaft erfahrbar werden kann. Unmittelbar nach dem Konzil wurde als signifikante Änderung erfahren, dass es möglich wurde, bei der Trauung eines konfessionsverschiedenen Paares einen Seelsorger der anderen Kirche zu beteiligen. Seither sind sich die Kirchen in vielen Glaubensfragen nähergekommen, wie die zahlreichen ökumenischen Dokumente, die von offiziellen Dialogkommissionen erarbeitet wurden, verdeutlichen. Allerdings wurde es versäumt, praktische Konsequenzen aus der Übereinstimmung zu ziehen, die in diesen Texten zum Ausdruck kommt. Wenn beispielsweise Katholiken und Lutheraner sich im Verständnis der "Mitte des Evangeliums" einig sind, wie es 1999 in der "Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre" festgehalten wurde, warum stellt dann der Prediger- oder Kanzeltausch (nicht als Regelfall, aber zu besonderen Anlässen) immer noch ein Problem dar? Und wenn wir die in den anderen Kirchen gespendete Taufe für gültig erachten, wie es 2007 in Magdeburg in der Erklärung zur wechselseitigen Taufanerkennung festgehalten wurde, warum gibt es dann immer noch Schwierigkeiten mit der Übernahme des Patenamtes in einer anderen Kirche? Sicher begründen die erwähnten Erklärungen noch keine "vollkommene" Gemeinschaft zwischen den Kirchen, aber sie ist zumindest weniger "unvollkommen" als zuvor – und das sollte auch in "konkreten Gesten, die das Herz erfassen und die Gewissen aufrütteln", zum

Ausdruck kommen, wie Papst Benedikt XVI. sie in seiner ersten Rede vor den Kardinälen nach seiner Wahl zum Papst gefordert hat.

Zwischenschritte

Das Ziel der vollen Kirchengemeinschaft ist in der Tat noch weiter entfernt, als manche es in der ersten Euphorie nach dem Konzil erhofft hatten. Deshalb brauchen wir Zwischenschritte auf dem Weg zur vollen Gemeinschaft, die das gewachsene Miteinander erfahrbar werden lassen. Das, was auf protestantischer Seite mit der Leuenberger Konkordie erreicht wurde, ist aus katholischer Sicht ein solcher Zwischenschritt, aber noch nicht das Ziel. Diese Feststellung darf jedoch nicht dazu führen, sich in der Ökumene ganz auf das letzte Ziel der Ökumene, die volle Gemeinschaft in der Feier der Eucharistie, zu fixieren. Weil volle Kirchengemeinschaft in absehbarer Zeit noch nicht erreicht sein wird, brauchen wir Modelle "gestufter Kirchengemeinschaft". Dass auch aus katholischer Sicht Abstufungen in den Formen geliebter Kirchengemeinschaft denkbar sind, belegen Vereinbarungen über eine begrenzte Sakramentsgemeinschaft zwischen der römisch-katholischen und der syrisch-orthodoxen Kirche (1984) und zwischen orthodoxen Assyrern und katholischen Chaldäern (2001). Die entscheidende Frage ist, ob vergleichbare Regelungen auch für Christen innerhalb der westlich-abendländischen Tradition denkbar wären. Das Kirchenrecht (can. 844, § 5) bietet durchaus Spielraum für differenzierte Lösungen, der von einigen Bischofskonferenzen (Großbritannien, Kanada, Südafrika) bereits genutzt wurde, um eigene Bestimmungen für konfessionsverbindende Paare zu erlassen.

Festzuhalten bleibt: Die Ökumene darf sich nicht in ökumenischen Dokumenten und gemeinsamen Erklärungen erschöpfen, sondern muss auch für die Gläubigen erkennbare Fortschritte mit sich bringen, wenn sie lebendig bleiben soll. Das Konzept der gestuften Kirchengemeinschaft bietet hierzu den notwendigen theologischen Rahmen. Auf dieser Basis brauchen wir Zwischenschritte auf dem Weg der Ökumene, die das gewachsene Miteinander sichtbar werden lassen.

Dr. Johannes Oeldemann, Johann-Adam-Möhler-Institut für Ökumenik, Paderborn

Mobilität im Übergang Schule und Beruf

Jugendwohnen als Baustein zum Ausbildungserfolg

Der Ausbildungs- und Lehrstellenmarkt stellt hohe Anforderungen an die Mobilität junger Menschen. Jugendwohnheime bieten hier Hilfestellung und leisten einen wichtigen Beitrag zum Ausbildungserfolg.

Demografischer Wandel, mangelnder Fachkräftenachwuchs, mangelnde Ausbildungsreife und geforderte Ausbildungsmobilität sind nur einige der Schlagworte, die im Rahmen der immer wiederkehrenden Diskussion über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland angeführt werden. Auf den ersten Blick mag man in das allgemeine Klagen und Lamentieren über die Probleme junger Menschen beim Start in die Ausbildung einstimmen. Auf den zweiten Blick fällt der Zusammenhang zum Jugendwohnen auf.

Historisch bewährt und neu gefordert

Schon zu Zeiten der Industrialisierung wurden Gesellenwohnheime als sinnvolles Unterstützungsangebot für die wandernden Gesellen angeboten. Damals folgte das Angebot an Plätzen in Jugendwohnheimen dem Bedarf an mehr Auszubildenden in den wirtschaftlich aufstrebenden Regionen. Die Gesellenheime haben sich im Laufe der Jahre immer stärker als ein Mobilitätsbeitrag im Rahmen der Ausbildung und des Berufsstarts erwiesen. So waren und sind Jugendwohnheime von ihren Standorten und inhaltlichen Anforderungen einem stetem Wandel unterworfen. Auch heute führen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, wie der demografische Wandel, und die damit verbundene Notwendigkeit junger Menschen, für einen Ausbildungsplatz in Deutschland und zunehmend auch in Europa mobil zu sein, zu einer Weiterentwicklung im Bereich des Jugendwohnens. Heutzutage nehmen über 50 % der Auszubildenden einen Ausbildungsplatz über 100 Kilometer von ihrem Heimatort entfernt an. Die Hälfte dieser jungen Menschen

hätte die Ausbildung ohne einen Platz in einem Jugendwohnheim nicht begonnen.

Mehr als Wohnen

Diese jungen Menschen sind allein durch den Wechsel vom Schul- ins Ausbildungsleben mit einer Vielzahl von neuen Herausforderungen konfrontiert. Hier bietet Jugendwohnen eine Möglichkeit, die Auszubildenden zu begleiten und zu unterstützen. Sie werden bei Problemen aufgrund der Entfernung zur Heimat, in der Ausbildung und bei der Verselbständigung nicht alleine gelassen. In den pädagogischen Mitarbeitern finden Sie Zuhörer, Unterstützer und Wegbegleiter. Das Forschungs- und Praxisentwicklungsprojekt "leben.lernen.chancen nutzen.", gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, konnte dieses erstmalig auch wissenschaftlich belegen. Über 30 % der Bewohner im Jugendwohnen gaben an, dass sie ohne das Jugendwohnen ihre Ausbildung nicht erfolgreich abgeschlossen hätten. Auch für die Ausbildungsbetriebe ist Jugendwohnen somit eine große Chance, denn es unterstützt und sichert den Ausbildungserfolg. So wird der Fachkräftenachwuchs gesichert und die Investition in die Ausbildung junger Menschen weist eine höhere Erfolgsquote auf.

Die Jugendwohnheime haben sich in den vergangenen Jahren stark gewandelt, als Beispiele sind hier die räumlichen Anforderungen und die notwendigen Qualifikationen der Mitarbeiter zu nennen. Früher war "Jugendwohnheim" das Synonym für Mehrbettzimmer, mäßige Begleitung, eher Verwahrung und immer gleichbleibende Angebote. Hier hat sich in den letzten Jahren sehr viel getan. Im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung, dass immer mehr Familien nur ein oder zwei Kinder haben und zuhause jeder sein Zimmer hat, hielt diese Entwicklung auch Einzug ins Jugendwohnen. Dieser Wandel hat auch Einfluss auf die pädagogische Arbeit, da die Bewohner mit anderen Voraussetzungen für ein gemeinsames Zusammenleben junger Menschen in die Jugendwohnheime kommen. Die Individualisierung in der Gesellschaft macht auch vor dem Jugendwohnen nicht halt, doch sind gerade die Gemeinschaftserlebnisse wichtig für die

persönliche Weiterentwicklung, gerade mit Blick auf eine spätere Verselbständigung der Bewohner.

Lernorte für soziale Kompetenz

Jugendwohnheime werden heute vermehrt zu Lernorten für soziale Kompetenzen und übernehmen eine wichtige Rolle der Überwindung gesellschaftlicher Trennlinien. Die vielfältigen regionalen, kulturellen und gesellschaftlichen Hintergründe junger Menschen machen den Reiz eines Jugendwohnheimes aus. Dieses hängt auch mit der Mischung der Ausbildungsberufe (vom Steinmetz bis zur Bankkauffrau) zusammen.

Die veränderten Anforderungen in der Ausbildung haben ihren Einfluss ebenso im Jugendwohnen hinterlassen. Das Internet als Informations- und Lernmedium spielt eine immer größere Rolle, um nur ein Beispiel zu nennen. In vielen Jugendwohnheimen gibt es neben der reinen Bereitstellung eines Internetanschlusses mit Computern auch Schulungen im Bereich der Medienkompetenz. Den Bewohnern werden wichtige Hinweise für einen sicheren Umgang mit dem Internet vermittelt, der auch unter pädagogischer Begleitung eingeübt wird. Die heute so häufig geforderten sozialen Kompetenzen können die Bewohner im Alltag des Jugendwohnens verbessern und anwenden, darüber hinaus werden auch Seminare und weitergehende Angebote in diesem Bereich gemacht. Dies sind nur einzelne Beispiele für die vielfältigen Kompetenzangebote in Jugendwohnheimen. Die Teilnahme an den Kompetenzangeboten wird dokumentiert und kann so von den Bewohnern bei einer Bewerbung angefügt werden.

Pädagogische Begleitung

Eine Umfrage des Forschungsprojektes "leben.lernen.chancen nutzen." unter Pädagogen und Bewohnern in Jugendwohnheimen ergab, dass ein Ansprechpartner für Fragen und Schwierigkeiten im Alltag, die Unterstützung bei Fragen und Problemen in der Ausbildung und/oder der Schule wichtige Vorteile des Jugendwohnens sind. Darüber hinaus bewerten die Fachkräfte noch die Erlangung sozialer Kompetenzen und die Verselbständigung des jungen Menschen als sehr wichtig.

Die Pädagogik wird durch die baulichen Rahmen-

bedingungen unterstützt und kann bessere Erfolge erzielen, wenn das Gebäude an die speziellen Anforderungen des Jugendwohnens angepasst ist. Hierzu zählen nicht nur die Zimmer, sondern auch Gemeinschaftsräume, die zeitgemäß ausgestattet sein müssen. Eine Umfrage unter den Trägern und Leitern von Jugendwohnheimen durch das Forschungsprojekt hat ergeben, dass durchschnittlich jedes Jugendwohnheim einen Renovierungs- und Sanierungsbedarf von circa einer Million Euro hat. Dieser Betrag kann von den Jugendwohnheimen und deren Trägern nicht alleine aufgebracht werden. Hierzu sind bauinvestive Zuschüsse der öffentlichen Hand und der Wirtschaft notwendig.

Aus der Wahrnehmungsnische holen

Jugendwohnen ist in der gesellschaftlichen Wahrnehmung ein Nischenprodukt, denn die Mehrheit der Auszubildenden wohnt nicht in einem Jugendwohnheim. Aber gerade diese Nische des Jugendwohnens ist von größter Bedeutung, da sie sowohl ermöglichend als auch wegbegleitend ist. Hierfür ist eine öffentliche Sensibilisierung und Unterstützung notwendig. Nur dann können die erfolgreichen Bemühungen der Jugendwohnheime, für ihre Arbeit zu werben und sich als verlässlicher Partner im Bereich der Ausbildung zu etablieren, nachhaltig in der Gesellschaft wahrgenommen werden. Das Forschungs- und Praxisentwicklungsprojekt "leben.lernen.chancen nutzen." hat in den vergangenen 3 ½ Jahren Projektlaufzeit viele interessante und wichtige Ergebnisse geliefert. Durch die wissenschaftliche Bestätigung konnten die Ergebnisse sehr gut in die öffentliche Diskussion eingebracht werden und mit verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Akteuren erörtert werden. Für die zukünftige Bearbeitung des Themenfeldes Jugendwohnen nach Ende des Forschungsprojektes im April 2011 ist neben den Trägern, zu denen viele kirchliche Organisationen zählen, auch eine breite gesellschaftliche Unterstützung notwendig. Eine verstärkte Zusammenarbeit untereinander ist notwendig, da Jugendwohnen im christlichen Kontext auch eine für die Gesellschaft wichtige Wertebildung beinhaltet.

Matthias von Schlichtkrull-Guse, Referent beim Verband der Kolpinghäuser

→ www.kolpinghaeuser.de

Sonntag – ein Geschenk des Himmels

Allianz für den freien Sonntag

Für den Sonntag als arbeitsfreien Tag und gegen den Missbrauch von Ausnahmeregelungen setzt sich eine Allianz aus kirchlichen und anderen gesellschaftlichen Gruppen ein.

Tausend Menschen stehen am Marienplatz in München und blicken nach oben auf den Turm des "Alten Peter". Die Feuerwehr enthüllt ein riesiges Transparent der Allianz für den freien Sonntag mit der Aufschrift "Sonntag – ein Geschenk des Himmels". Ein "junger Engel" schwebt bei einer Abseilaktion vom 50 Meter hohen Turm und überbringt den Zuschauern eine "himmlische Botschaft". Mit dieser Aktion hat die Allianz am Ökumenischen Kirchentag 2010 eine Podiumsdiskussion für den freien Sonntag mit zusätzlicher Spannung versehen.

Selbstverständnis

"Der arbeitsfreie Sonntag ist das Symbol dafür, dass Leben mehr ist als Arbeit, dass Gesellschaft mehr bedeutet als Wirtschaft. Der Sonntag ist der einzige Tag der Woche, der sich ökonomisch nicht rechnen muss. Der gemeinsame freie Sonntag macht die Menschen frei, um zu genießen, zu spielen, zu reden, das Gemeinschafts- und Familienleben zu pflegen, Gottesdienste und Feste zu feiern. Der Zeittakt der Wirtschaft und die geplante und verplante Zeit der Arbeit hat eine sinnvolle Grenze: den Sonntag." Dies ist ein Auszug unseres Verständnisses vom freien Sonntag.

Die Auseinandersetzung um einen arbeitsfreien Tag hat eine lange Geschichte. In der jüdisch-christlichen Tradition ist der "Tag des Herrn" Zeichen der Verbundenheit mit dem Glauben an den einen Gott. "Gedenke des Sabbattages, dass du ihn heiligest. Sechs Tage sollst du arbeiten und alle deine Werke tun. Aber am siebenten Tage ist der Sabbat des Herrn, deines Gottes. Da sollst du keine Arbeit tun..." (2. Mose 10,8-11). Diese Botschaft wurde von den Christen aufgenommen. Die Feier des christlichen Sonntags erinnert an die Auferstehung Christi. Er ist Leitbild für ein gutes Leben.

Die Allianz

Und wir stellen fest, immer mehr Menschen stemmen sich gegen eine Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft. Dies führte bei der KAB, der Katholischen Betriebsseelsorge, der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, dem KDA (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der Evang.-Luth. Kirche) und dem BVEA (Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer-Organisationen) zur Gründung der Allianz für den freien Sonntag in Deutschland im Jahr 2006. Viele Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Sportvereine, Kulturvereinigungen, Sozialbewegungen, Familienorganisationen und wissenschaftliche Institutionen unterstützen die Bündnisse. Wir verstehen uns als Netzwerk, d. h. jeder fördert nach seinen Möglichkeiten die Ausbreitung dieser Perspektiven auf Landes- und kommunaler Ebene.

Aktionen

Dies war notwendig, nachdem die Länderregierungen die Gesetze über verkaufsoffene Sonntage festlegen und die Gemeinden deren Umsetzung entscheiden. Die Länderallianzen reagieren auf diese Entwicklung mit Stellungnahmen. Politiker werden befragt, öffentliche Diskussionsveranstaltungen organisiert, Leserbriefe in den Tageszeitungen veröffentlicht, kreative Aktionen entwickelt und bei Anhörungen in den Parlamenten Stellungnahmen abgegeben. Die kommunalen Allianzen engagieren sich dann, wenn in den Gemeinden über weitere verkaufsoffene Sonntage entschieden wird. Über fünfzig kommunale Allianzen sind bereits aktiv. Die letzte Gründung einer Allianz für den freien Sonntag fand in Dresden statt. Die öffentliche Debatte und die bisherigen Erfolge stärken diese Allianzen.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Eine wesentliche argumentative Unterstützung erfuhren die Allianzen durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Ladenschlussgesetz im Bundesland Berlin. Das Gesetz sah vor, dass alle vier Adventssonntage verkaufsoffen und weitere sechs verkaufsoffene Sonntage im Jahr möglich sein sollten. Das Bundesverfassungsgericht machte deutlich, dass ein bloßes "Shopping-Interesse" von Kunden oder ein wirtschaftliches Interesse von Händlern keine verkaufsoffenen Sonntage rechtfertigen. Die Behauptung, Shopping selbst diene

der seelischen Erhebung und stehe deshalb nicht im Widerspruch zum Sonntagsschutz, wurde mit dem Verfassungsgerichtsurteil zurückgewiesen. Einkaufen ist eine werktägliche Tätigkeit. Einkaufs-events beeinträchtigen die Sonn- und Feiertage sogar doppelt, da sie besonders viele Beschäftigte betreffen und zugleich den öffentlichen Charakter des Tages verändern. Sonntagsöffnungen müssen im öffentlichen Interesse stehen und eine Ausnahme bleiben. Dies führt dazu, dass in einigen Bundesländern die Gesetze überarbeitet werden müssen. Die Ausnahmeregelungen stehen hier im Fokus der Gesetzesänderungen. Die sogenannte "Bäderregelung" gibt den Bundesländern mit einem hohen Touristenanteil und Orten mit der Bezeichnung "Bad" oder "Kurort" im Ortsnamen die Möglichkeit ihre Geschäfte fast an jedem Sonntag im Jahr zu öffnen. Diese Regelung wurde in Mecklenburg-Vorpommern durch das Oberverwaltungsgericht für unwirksam erklärt. Jetzt sind neue gesetzliche Grundlagen zu entscheiden, die den Schutz des Sonntags gewährleisten.

Herausforderungen

Eine besondere Entwicklung zeigt sich bei den Möbelgiganten, die mehrfach im Jahr verkaufsoffene Sonntage zu besonderen Anlässen durchführen. Eine "Würstlbude" und ein Karussell reichen aus, um daraus einen traditionellen Markt zu kreieren. Ein 11-jähriges Firmenjubiläum, der 50. Geburtstag des Inhabers, 50 Monate seit Firmengründung sind besondere Firmenanlässe, um Kunden am Sonntag zum Einkauf anzuregen. Straßenfeste mit einem Eisverkäufer und einer Musikgruppe sollen das öffentliche Interesse begründen, um am Sonntag die Geschäfte zu öffnen. Wir erleben eine neue Debatte über die Interpretation von "öffentlichem Interesse" und "besonderen Anlässen" durch den Handel. Dies fordert auch unsere Aktionskreativität und manche juristische Klärung. Deutlich wurde dies in einem Vorort von München. Vor dem Verwaltungsgericht wurde die Gemeinde darauf hingewiesen, dass Ausnahmeregelungen der Sonntagsöffnung für einen Möbelgiganten nicht dem Gesetz entsprechen. Die Türen von XXX-Lutz bleiben am Sonntag geschlossen.

In einigen kommunalen Allianzen hat sich eine neue Strategie entwickelt. Kommunen stehen untereinander im Wettbewerb. Es wird argumentiert, dass ein Umsatzvorteil bei den Kommunen

liegen soll, die mehrere verkaufsoffene Sonntag im Jahr durchführen, gegenüber den Kommunen, die dies unterlassen. Allianzen versuchen die Bürgermeister in Einkaufsregionen zusammenzuführen und eine Vereinbarung herbeizuführen, dass keine verkaufsoffenen Sonntage durch die Gemeinderäte genehmigt werden. In einer Stadt mit den umliegenden Gemeinden ist dies bereits gelungen.

Europäische Perspektive

In jedem Jahr ist ein besonderer Tag für die Allianz für den freien Sonntag vorgesehen. Am 3. März 321 n. Chr. verfügt der römische Kaiser Konstantin, dass der Sonntag zukünftig arbeitsfrei sein soll. "Alles im Staate soll der Wohlfahrt und Sicherheit dienen. So habe ich beschlossen, den Christen ebenso wie allen anderen freie Wahl zu lassen, der Gottesverehrung zu folgen, die ein jeder wünscht, damit, was an Göttlichem auf himmlischem Sitze thronet, uns und allen, die unter unserer Herrschaft leben, gewogen und gnädig sein möge. Dies geschieht im Interesse der Ruhe unserer Zeit. Alle Stadtbewohner, Richter und Gewerbetreibenden sollen am verehrungswürdigen Tag der Sonne ruhen." Diesen 3. März haben wir als "Internationalen Tag des freien Sonntags" ausgerufen und nehmen dies als Anlass in vielen Orten Aktionen durchzuführen. Gruppen, als Römer verkleidet, treten auf den Marktplätzen auf und verkünden diese Botschaft. Es macht Lust und Spaß!

Für den freien Sonntag hat vor zehn Jahren in Deutschland jede Organisation für sich gekämpft. Heute wissen wir, dass engagierte Netzwerke, die das Lebensgefühl der Menschen aufgreifen, eine Gegenbewegung erzeugen können. Diese Ausstrahlung hat ihre Wirkung nicht nur in Deutschland gezeigt. Allianzen für den freien Sonntag in Österreich, Frankreich, England, Polen, Slowenien, Südtirol und der Schweiz zeugen von einem wachsenden europäischen Engagement. Jetzt geht es um die Aufnahme des freien Sonntags in die europäische Arbeitszeitrichtlinie. Der Sonntag ist ein Kulturgut Europas und sollte zu einem Exportschlager für die Menschen entwickelt werden.

Birgit Zenker, Bundesvorsitzende der KAB Deutschlands, Mitglied im ZdK; Hannes Kreller, Referatsleiter der KAB Deutschlands, Mitglied im Vorstand des DGB Bayern

➔ www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de

Delegados de la Palabra

Ein unverzichtbarer Dienst der Laien

Während in Europa intensiv um die Rolle der Laien in der Pastoral der Kirche gerungen wird, ist die Kirche in Honduras erfolgreich einen eigenen Weg gegangen.

"Ohne den Einsatz der Laien in der Pastoral wäre die Kirche in Honduras kaum präsent." Kurz und knapp fasst Kardinal Oscar Rodríguez, der Erzbischof der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa, die Situation in dem mittelamerikanischen Land zusammen. Acht Millionen Katholiken, 424 Priester, 850 Ordensleute, 4 Diakone – und etwa 17.000 Laien im pastoralen Dienst. Alle diese Laien haben eine Ausbildung durchlaufen, die meisten davon zu "Delegados de la Palabra", "Beauftragten für die Wort-Gottes-Feiern". Sie sorgen dafür, dass in den Gemeinden, vor allem in den ländlichen Regionen, Gottesdienste stattfinden.

Bei der V. Generalversammlung des Episkopats von Lateinamerika und der Karibik in Aparecida (Brasilien) im Jahr 2007 wurde berichtet, dass jeden Sonntag 70 % der katholischen Gemeinden in Lateinamerika ohne Eucharistiefeier bleiben, da kein Priester zu ihnen kommen kann. Die Kirche von Honduras kann beim Dienst der Laien in der Pastoral auf eine sehr positive Erfahrung zurückblicken, von der der gegenwärtige Bischof von Choluteca, Mons. Guido Plante, auch bei der Bischofssynode 2008 in Rom berichtete. Schon vor dem II. Vatikanischen Konzil waren Laien die Motoren der ländlichen Gemeinden in Honduras – als Vorbeterinnen, Küster, Träger der Volksreligiosität. Sie leiteten die Fürbittgebete, den Rosenkranz und die Totengebete. Priester gab es damals wie heute nur wenige, und die Wege waren weit. Gerade im Apostolischen Vikariat Choluteca im Süden von Honduras verging oft mehr als ein Jahr, bis ein Pater in einer Gemeinde vorbeikam.

Im Geiste des Konzils

Nur wenige Monate, nachdem das II. Vatikanische Konzil die Laien als "aktive und verantwortliche Subjekte der Aktion der Kirche in der Welt" bezeichnet hatte, ließ der Bischof von Choluteca daher Laien für die Seelsorge ausbilden. Bischof Marcelo Gérin, ein Kanadier, griff damit Ideen des

II. Vatikanums auf und sandte bewährte Männer aus, um speziell die Kar- und Ostertage in den abgelegenen Gemeinden zu gestalten. Dieser Einsatz verlief so unerwartet positiv, dass die Männer den Bischof baten, weitere Inhalte mit ihnen zu vertiefen, um auch an den kommenden Sonn- und Festtagen in den Gemeinden helfen zu können. Daraus entsteht eine eigene "Pastoral der Wort-Gottes-Feiern" mit dafür beauftragten Laien, den "Delegados de la Palabra". Bald schon zeigte sich, dass das Wirken der "Delegados" weit über die Liturgie hinausreichte. Es entstanden Gruppen der Sozial- und Jugendpastoral, Laien bauten eine Versorgung der Kranken auf und setzten sich für soziale Verbesserungen ein.

Verfolgung

Das hatte Folgen, auch für die Delegados selbst. Lorenzo Aguilar, heute Ausbilder der "Delegados" im Bistum Choluteca, erinnert sich an die 1980er Jahre: "Es waren turbulente Jahre." Damals tobten in den Nachbarländern Bürgerkriege, und Honduras wurde mit Hilfe der USA von den herrschenden rechten Regierungen aufgerüstet. Aguilar sah es als seine Pflicht an, Menschenrechtsverletzungen der Sicherheitskräfte anzuprangern, die Bevölkerung in Schutz zu nehmen. Deshalb stand er als "verdächtiger Kommunist" auf einer schwarzen Liste des Militärs. "Manche unserer Laien wurden verhaftet, zwei Priester wurden getötet, unser katholischer Radiosender geschlossen", erinnert sich Mons. Guido Plante. "Man hat uns verfolgt und unsere Arbeit beschnitten, wo es nur ging."

Die "Delegados de la Palabra" sind heute in Honduras eine wichtige Säule der Pastoral – auch bei den Berufungen. Fast alle Seminaristen sind Kinder von Delegados oder haben selbst bereits als Laien in der Pastoral gearbeitet. Das Modell der "Delegados de la Palabra" wird längst in anderen Ländern Mittelamerikas erfolgreich eingesetzt.

Die diesjährige Adveniat-Aktion lenkt im Advent 2010 den Blick auf diese Arbeit der Laien in der Kirche in Lateinamerika. Gäste aus Mittelamerika und Brasilien werden unter dem Motto "Zeugnis geben. In Wort und Tat." vom Dienst der Laien in der Kirche berichten.

Christian Frevel, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Bildung bei Adveniat, Mitglied des ZdK

Einen neuen Aufbruch wagen

Das Leitwort für den Katholikentag in Mannheim

"Einen neuen Aufbruch wagen" lautet das Leitwort für den 98. Deutschen Katholikentag, der vom 16. bis 20. Mai 2012 in Mannheim stattfinden wird. "Kirche und Gesellschaft stehen gleichermaßen an einem Wendepunkt. Ohne den tatkräftigen Willen zur Erneuerung werden wir weder die gegenwärtige Krise unserer Kirche überwinden noch die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen in unserem Land und in der globalisierten Welt bewältigen", unterstrich der Präsident des ZdK, Alois Glück, bei der Vorstellung des Leitwortes. "Mit dem Katholikentag wollen wir ein Zeichen setzen, dass sich Christinnen und Christen sowohl an der Erneuerung ihrer Kirche als auch der Gesellschaft beteiligen wollen."

Nur in einem offenen Dialog über die Probleme, die zur gegenwärtigen Krise in der katholischen Kirche geführt hätten und deren Ursachen weit tiefer lägen als der durch sexuellen Missbrauch verursachte Skandal, könne der Glaubwürdigkeitsverlust der Kirche überwunden werden, unterstrich Glück. Dabei gehe es nicht in erster Linie um die Institution Kirche, sondern um den Glauben, den die Kirche den Menschen zu bringen habe. Um der Verkündigung des Glaubens willen müsse die Kirche zu Reformen bereit sein.

"Der Katholikentag in Mannheim soll ein Zeichen setzen, dass wir zu Reformen bereit sind und einen neuen Aufbruch wagen wollen", unterstrich der ZdK-Präsident. "Wir wollen uns damit ausdrücklich in die Tradition des II. Vatikanischen Konzils stellen, dessen Beginn

sich im Katholikentagsjahr zum 50. Mal jährt und das wie kein anderes Ereignis der jüngsten Kirchengeschichte für den Mut zu Erneuerung und Aufbruch in der katholischen Kirche steht."

Das Leitwort habe aber ebenso eine wichtige gesellschaftliche Botschaft, hob Glück hervor. Viele gesellschaftliche und politische Indikatoren zeigten, dass die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte sowohl national wie international nicht einfach fortgeschrieben werden könnten. Deshalb sei auch für den gesellschaftlichen und staatlichen Bereich die ehrliche Bestandsaufnahme über die positiven und negativen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und die Bereitschaft zu einer Kurskorrektur dringend erforderlich. Erneuerung und Mut zu einem neuen Weg sind deshalb nicht nur für unsere Kirche, sondern auch für die Gesellschaft und den Staat dringend notwendig. "Wir brauchen eine zukunftsfähige Kultur, eine Kultur des Verständnisses und des Miteinanders", so Glück. "Nur so werden wir Probleme wie Migration und Integration, die dringend notwendige Neugestaltung der Finanz- und Wirtschaftsordnung sowie der internationalen Friedensordnung bewältigen. Nur mit einem neuen Lebensstil wird es gelingen, die ökologische Krise abzuwenden."

Glück erinnerte daran, dass schon der Ökumenische Kirchentag in München mit dem gemeinsamen Appell endete: "Lasst uns einen neuen Aufbruch wagen." "Wir wollen diesen neuen Aufbruch im Geist Gottes wagen, ganz in der Tradition der zahlreichen Aufbrüche, von denen uns das Alte Testament berichtet, und nicht zuletzt im Vertrauen auf die Sendung des Heiligen Geistes, wie sie uns im Pfingstgeschehen versprochen ist."